

Gewerkschaftliche Informationen

Populärwissenschaftliche Schriftenreihe
Zeitgenössische Standpunkte - Historische Dokumente

Interessengemeinschaft FDGB

15. Juni 1945



Ein Beitrag zur wirklichen Geschichte des 17. Juni 1953

Von Prof. Dr. Horst Bednareck

Berlin, 2003
ISSN 1433-6375

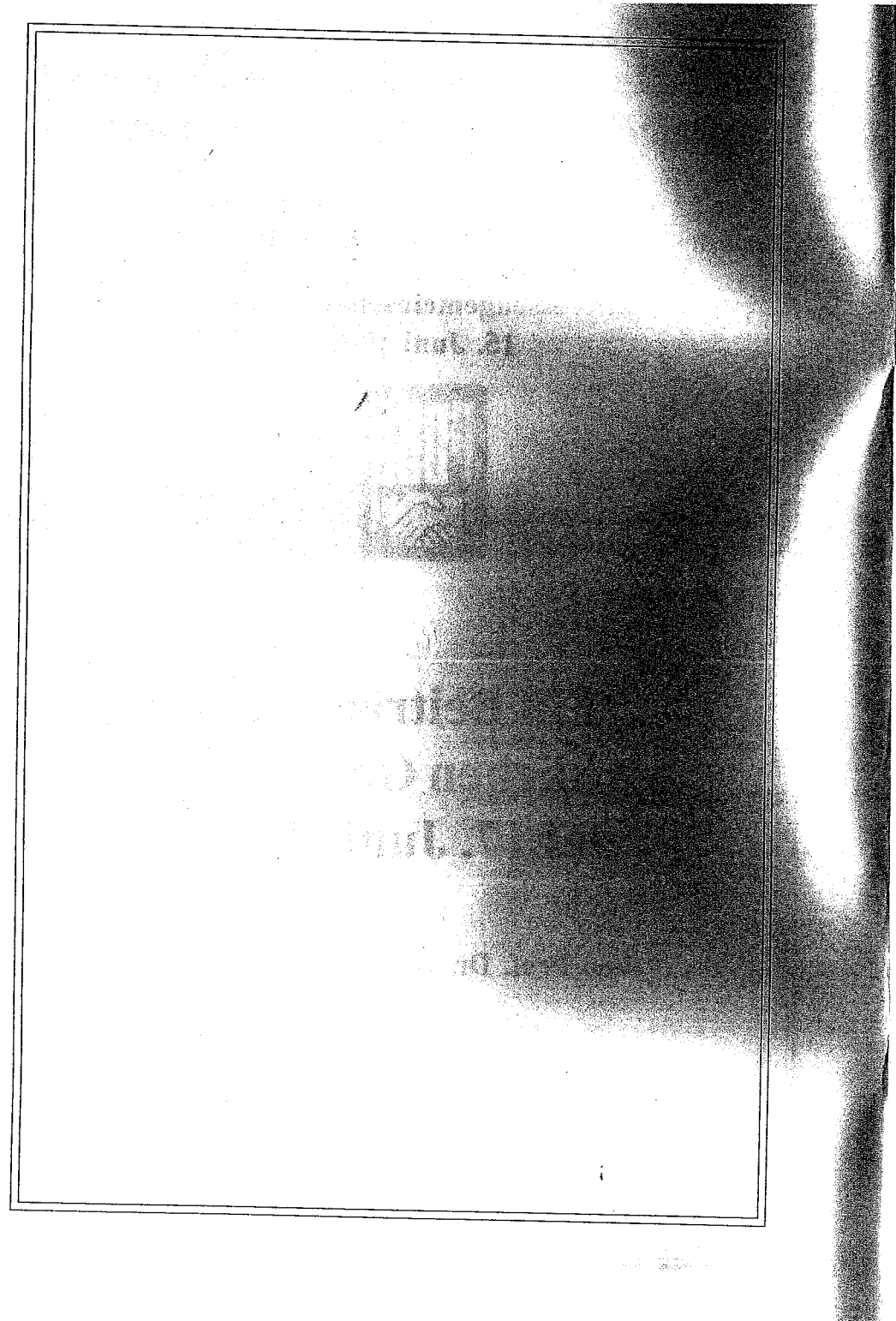
Herausgeber: Interessengemeinschaft FDBG - 15. Juni 1945
Prof. Dr. Horst Bednareck
Am Berg 4, 12 559 Berlin, Tel: 030 - 65475369

Redaktion: Rudi Focke
Hohenschönhauser Str. 20, 10 369 Berlin,
Tel: 030 - 9727764
Werner Koch
Neltestr. 7, 12489 Berlin, Tel: 030 - 6772087

Herstellung: Presse-, Publikations- und Informationsdienst -PPI-
Eigenverlag und Vertrieb "Wilhelm Pieck"
ISSN 1433-6375
Eigendruck

**Ein Beitrag zur
wirklichen Geschichte
des 17. Juni 1953**

Von Prof. Dr. Horst Bednareck



Inhalt	Seite
Vorwort	3
Prof. Dr. Horst Bednareck Ein Beitrag zur wirklichen Geschichte des 17. Juni 1953	5
Quellennachweis	17
Interview mit dem Gewerkschaftsfunktionär Rudi Focke, der die Junitage 1953 hautnah miterlebte.	21
Dr. Harald Bühl Ich war am 17. Juni 1953 dabei	25
Die Rote Fahne, Zentralorgan der KPD, April 2003 Wie geht man mit der Wahrheit um ?	28

Vorwort

In der Vergangenheit haben wir alle Broschüren ohne ein Vorwort herausgegeben.

Unser heutiges Anliegen ist der 17. Juni 1953. Es sind die Erlebnisse von drei Gewerkschaftsfunktionären, einem Dozenten der Gewerkschaftshochschule „Fritz Heckert“, eines Mitarbeiters des Bundesvorstandes des FDGB und des Zentralvorstandes der IG Bau-Holz.

Angesichts des großen Medienrummels - es vergeht kein Tag, wo nicht ein neues „seriöses“ Werk von einem „seriösen“ Historiker wie warme Semmeln angepriesen wird - soll hier offen gesagt werden: Der 17. Juni 1953 war von Anfang an eine wohlvorbereitete und geplante Konterrevolution.

Das Ziel des 17. Juni 1953 war die Beseitigung der DDR und die Wiederherstellung eines remilitarisierten Großdeutschland.

Alle Äußerungen in den elektronischen und Printmedien haben, angefangen von der CDU/CSU über SPD, Grüne, FDP und PDS ein gemeinsames Strickmuster, den wahren Charakter des 17. Juni 1953 zu vertuschen.

Faschistischer Putsch?

- aber nein, es war die „Wut des Volkes über die SED-Diktatur“!

Einmischung von außen?

- aber um Gotteswillen, der RIAS und die Ostbüros haben nur sachlich berichtet und beraten!

Die besten Beweise lieferte die „Berliner Zeitung“ vom 14. Juni 2003. Wie sagte da ein Zeitzeuge? „Erst haben wir die Stasi verhauen, dann die FDJler, und zwei haben wir in die Spree geworfen.“

Erfolgte das nicht nach den Rezepten der Nazis, so wie sie es in der Blutwoche von Köpenick gemacht haben?

Nein, die Mitarbeiter des RIAS haben keine Zurückhaltung geübt, das Gegenteil war der Fall. Mir klingen heute noch die haßerfüllten Aufrufe des RIAS in den Ohren.

„Morgen früh um 6.00 Uhr am Strausberger Platz!“

Weder mit gut ausgewählten Worten noch mit angeblich neuen Dokumenten wird diese Tatsache entkräftet.

Alle Broschüren, Artikel und Filme zum 17. Juni 1953 haben eine noch andere Gemeinsamkeit, was die Ursachen für den sogenannten Volksaufstand betrifft: die SED-Diktatur, die fehlende „Entstalinisie-

„und, ach Gott, es gab keine Demokratie in der DDR, und die ganze Bevölkerung wurde durch die Stasi bespitzelt.“

Alles das wird angeboten wie Ramschware, es fehlt nur noch der Aufdruck „Aktionspreis“.

In einem muß ich ihnen recht geben. Demokratie für die Kapitalisten, Junker und Kriegsverbrecher gab es in der DDR nicht. Dafür aber die demokratischen Rechte der Werktätigen und ihrer Gewerkschaften in den Betrieben. Wo sind vergleichbare demokratische Rechte des DGB in der Bundesrepublik?

Wir werden auch in Zukunft die Dinge beim Namen nennen. Was 1953 verhindert wurde, dank der Sowjetunion, wurde 1989 mit Unterstützung des Herrn Gorbatschow sowie der sogenannten deutschen „Reformer“ erreicht. Der zweite Versuch der Konterrevolution ist den Feinden des Sozialismus gelungen.

Rudi Focke

Ein Beitrag zur wirklichen Geschichte des 17. Juni 1953

Von Prof. Dr. Horst Bednareck

Von Napoleon stammt die Aussage: „Geschichte ist die Lüge, auf die man sich geeinigt hat.“ Das bringt uns, 50 Jahre nach den Ereignissen im Juni 1953, in einen tiefen Zwiespalt, denn offensichtlich gibt es verschiedene Lügen und die Wahrheit bleibt auf der Strecke.

Die einen, vorrangig Historiker der BRD und die auf der Grundlage ihrer Aussagen agierenden Politiker und Journalisten, folgen fast ausnahmslos der These vom „Volksaufstand bzw. Arbeiteraufstand“ gegen die SED-Diktatur.

Nach 1990 folgten auch einige ehemalige Historiker der DDR und linke Politiker dieser Lesart. Einschränkend und mit dem Blick auf die Entwicklung in den folgenden Jahrzehnten muß gesagt werden, daß es nicht wenige seriöse Historiker und verantwortungsvolle Politiker gab, die inzwischen davon ausgingen, daß die meisten der Streikenden und der Demonstranten keinesfalls den Sturz der Regierung der DDR und den Anschluß an die BRD im Sinn hatten. Auch ein Willy Brandt kam 1955 zur Erkenntnis, das in den Tagen des Juni 1953 in der DDR nirgends restaurative Tendenzen von den Arbeitern vertreten wurden. Er sah, daß es unzweideutige Vorbehalte gegenüber der westdeutschen Politik der Adenauer-Regierung gab und es den Streikenden und Demonstrierenden keinesfalls um eine Angliederung der DDR an die Bundesrepublik ging.

Andere Thesen wurden aus den Erkenntnissen und Erfahrungen in der DDR, aus dem geteilten Berlin mit seinen offenen Sektorengrenzen, daß zum Ausgangspunkt und zum Kulminationspunkt der Tage und Wochen im Sommer 1953 wurde, vertreten. Ja, hier sprachen die ersten Einschätzungen von einem „faschistischen Putsch“, von einem durch „Fremdeinwirkung“, von „außen gesteuerten konterrevolutionären Putsch“. Aber auch hier muß einschränkend, auf die geschichtliche Entwicklung verweisend, gesagt werden, daß diese Thesen Schritt für Schritt korrigiert wurden. So wurde in späteren Darstellungen auf falsche Entscheidungen, auf Fehler in der Politik der Regierung der DDR verwiesen, welche die Lebenslage der Bevölkerung, auch die der Arbeiter verschlechterte und

so die engen Verbindungen zwischen den Werktätigen und der Führung der SED und der Regierung der DDR störten.

Auf die Frage, wo liegt nun die Wahrheit kann einer allein keine endgültige Antwort geben, es hieße, sich, seine Fähigkeiten und Möglichkeiten zu überschätzen. Aber auf einige wichtige Aspekte und Zusammenhänge aufmerksam zu machen und so zu einer umfassenden Antwort beizutragen, sollte möglich sein und hier erfolgen.

Der 17. Juni 1953 - das sind Tage, Wochen und Monate im Kalender der fünfziger Jahre

Der Begriff „Ereignisse des 17. Juni 1953“ kann nicht nur an diesem einen Tag festgemacht werden, es geht um Ereignisse und Prozesse, Wochen und Monate vorher und nachher.

Der größte Teil des Zündstoffes, der angesammelt und im Juni 1953 entzündet wurde, war durch die Verschärfung des kalten Krieges durch die Westmächte angehäuft worden. Ausgehend von der Gründung der NATO 1949 wurde nicht nur offen der Sturz der „sozialistischen Regime“ im Osten proklamiert. In Korea war dieser Prozeß bereits durch einen heißen Krieg eingeleitet worden.

Oder gibt es eine andere Deutung für die Aussage von J.F. Dulles am 27. August 1952, wonach die Sender der „Stimme Amerikas“ beginnen werden, die Bevölkerung der Länder im Osten „zum Widerstand“ aufzurufen? Noch deutlicher wurde am 3. September 1952 der Präsident der USA, Truman, der ankündigte, daß die bisherige „Politik des Containments“ - der Verhinderung der weiteren Ausbreitung des Sozialismus - durch eine Politik der „Befreiung“ der sozialistischen Länder abgelöst würde.

An dieser Anhäufung von Zündstoff war auch die Regierung der BRD unter Adenauer aktiv beteiligt. Gemeinsam mit den Westmächten lehnte sie die sowjetischen Vorschläge vom 10. März 1952 brüsk ab, ein einheitliches, demokratisches, neutrales, von Besatzungstruppen freies Deutschland zu schaffen. Ihre Antwort, der Abschluß des Deutschland-Vertrages am 26. Mai 1952 und die Bildung der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) unter Einbeziehung der BRD in das westliche Militärbündnis (27. Mai 1952), war eine klare Absage an alle

Anstrengungen zur Wiedervereinigung Deutschlands und de facto eine unheilbare Vertiefung der Spaltung unseres Landes.

In diesem „Konzert“ mischte das „Ostbüro der SPD“ kräftig mit. Das ist belegt durch den „Neuen Vorwärts“ vom 23. September 1952. Er schrieb über das Wirken des Ostbüros und sagte, daß es auf den „Sturz des kommunistischen Regimes in der Sowjetzone systematisch hinarbeitet“. Unverhohlen wurde erklärt: „Die Wahrheit über die Tätigkeit dieses Büros ist, das es mit allem im illegalen Kampf geeignet erscheinenden Mitteln in der Sowjetzone eine entsprechende Aufklärung betreibt und eine aktive Unterstützung für die Widerstandsgruppen in den Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg und Brandenburg ist.“

Was braucht es noch mehr, um zu beweisen, daß der Beschluß der Führung der SED und der Regierung der DDR, zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus überzugehen (2. Parteikonferenz der SED, 9. bis 12. Juli 1952) und in diesem Rahmen die Verteidigungsanstrengungen zu verstärken, nicht die Ursache für die vertiefte Spaltung Deutschlands, sondern die unvermeidliche Folge der Politik der Westmächte und der Adenauer-Regierung war.

An dieser Stelle wird ein weiterer Aspekt des Themas „17. Juni“ erkennbar. Für die jetzt zusätzliche Aufgabe, eigene Verteidigungskräfte aufzubauen, standen weder zusätzliches Material, Arbeitskräfte, noch zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung. In der Konsequenz bedeutete das, bei allen Posten des Wirtschaftsplanes Kürzungen vorzunehmen. So mußten, um nur ein Beispiel zu nennen, Erzeugnisse im Umfang von 500 Millionen DM - Baustoffe, Baustahl, Kabel, Rohre, Gewebe, Lederschuhe - dem normalen Verbrauch entzogen werden. Das entsprechende Sparprogramm im Staatshaushalt für 1953 sah Kürzungen für die Verwaltungen, Kultur, Medien, Preiserhöhungen der verschiedensten Art, Wegfall von Fahrpreisermäßigungen, im Gesamtvolumen von 1,5 Milliarden DM vor.

Hier sei auch nicht verschwiegen, daß die Arbeit der sowjetischen Kontrollorgane, ihre „Empfehlungen“ (jetzt nicht mehr Befehle) wesentlichen Anteil an der Zuspitzung dieser Situation hatten. Die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) unter Leitung von Marschall W.I. Tschuikow und seines Politischen Beraters W.S. Semjonow (seit Mai 1953 Hoher Kommissar in Deutschland) arbeiteten jetzt mit Memoranden und Nach-

fragen (Sprawka). Sie widerspiegelten die Bemühungen der Mitarbeiter der SKK, sich ein genaues Bild der Lage in der DDR zu verschaffen und entsprechende Maßnahmen vorzuschlagen. Zugleich waren diese Vorschläge nicht frei, und konnten es in dieser Zeit auch nicht sein, von den sowjetischen Erfahrungen und Erkenntnissen aus der Zeit der Industrialisierung der Sowjetunion, insbesondere der Umgestaltung der Landwirtschaft.

Das war der Hintergrund für die Empfehlungen der SKK zur rigorosen Durchsetzung der Ablieferungspflicht der Bauern und der Eintreibung von Steuern bei den Großbauern. Gefordert wurden Einsparungen auf sozialem Gebiet, so die Anrechnung von Urlaub bei Kuren, Reduzierung der Zahl der Kuren, Selbstbeteiligung der Kurpatienten an den Kosten. Weiterhin wurde die Erhöhung der Einnahmen der Deutschen Reichsbahn um 50 Millionen DM für das Jahr 1953 empfohlen. Deshalb wurden die Ermäßigungen für etwa 8 Kategorien der Fahrpreise, auch für Arbeiter und Schwerbeschädigte, aufgehoben. Ab April 1953 erhielt ein großer Kreis der Bevölkerung keine Lebensmittelkarten mehr. So waren Unternehmer, Einzelhändler und selbständige Gewerbetreibende gezwungen, sich bei der HO zu den relativ hohen Preisen zu versorgen. Diese Liste setzte sich mit Preiserhöhungen für Fleisch und „zuckerhaltige Waren“, also auch für Marmelade, Kunsthonig und Backwaren fort. Diese Maßnahmen erreichten ihren Höhepunkt mit dem Beschluß des ZK der SED, ab 1. Juni 1953 alle Arbeitsnormen um zehn Prozent zu erhöhen. (Siehe Dokument I)

Jahrzehnte später ist es unschwer zu erkennen, daß diese Maßnahmen geeignet waren, die gesamte Bevölkerung, nicht zuletzt die Arbeiter, in Proteststimmung zu versetzen.

Und jeder, der damals Anteil daran hatte, begreift auch, daß die laienhafte, dumme Art diese Maßnahmen zu vertreten und zu erklären, die Stimmung noch verschlechterte - wurde doch alles zu Schritten zur Verbesserung des Lebensstandards erklärt. Die Streichung der „Lebensmittelkarten für Selbstversorger“ wurde auf diese Art und Weise ein „Schritt zur Abschaffung des Rationierungssystem“, die höheren Preise für Fleisch, Marmelade und Kunsthonig wurden als Maßnahmen zur allmählichen „Lockerung der Bewirtschaftung und zur Herausbildung eines einheitlichen Preisniveaus“ verkauft. Die gestrichenen Fahrpreisermäßigungen sollten nach dieser Art der Agitation „vor allem den Schiebern und Spekulanten und anderen Feinden“ verwehren, sich die Errungenschaften der Wirtschaft der DDR unrechtmäßig anzueignen.

Damit wird auch deutlich, in welchem Maße Schritte und Fehler der sowjetischen Organe, der Führung der SED und der Regierung der DDR Anteil an der Anhäufung von Zündstoff in der DDR hatte. Durch Einwirkung von außen, aber auch durch die Politik im Inneren, war die Situation für sozialismusfeindliche Kräfte jeglicher Schattierung sehr günstig geworden. Daß diese Situation sofort ausgenutzt wurde, anti-kommunistische und regierungsfeindliche Hetz- und Wühlarbeit gewaltige Blüten trieb, ist aus dem Abstand von fünf Jahrzehnten noch besser zu erkennen. Auch wenn die Regierenden von heute und ihre Schreiberlinge das leugnen, vergessen machen wollen, dann sei hier nur an die Bildung des sogenannten Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung erinnert. Dessen Auftrag bestand darin, ein detailliertes Sofortprogramm für die Beseitigung der Errungenschaften der DDR und die Eingliederung der DDR in den Machtbereich der BRD auszuarbeiten.

Auf diese Weise war im Frühjahr/Sommer 1953 in der DDR eine Situation entstanden, welche die SED und die Regierung der DDR vor eine außerordentliche Bewährungsprobe stellte.

Wie, von wem, in welcher Weise wurde versucht, die entstandenen Probleme zu lösen?

Als erstes sei auf die Analyse der Lage am Ende des Jahres 1952/Anfang 1953 durch das ZK der SED vom Januar 1953 verwiesen. Sie wurde in einem Schreiben, „Die Sicherung der Durchführung des Fünfjahrplans und der Aufbau der nationalen Streitkräfte der DDR“, der Regierung der Sowjetunion übermittelt. Hierin wurden u.a. die Schwierigkeiten und Probleme bei der Planerfüllung dargelegt. Klipp und klar wurde im Abschnitt III dieses Dokuments unter Punkt 3 festgestellt: „Es handelt sich hier um den Aufbau der nationalen Streitkräfte und ihre Versorgung mit Material und Ausrüstungen, worauf wir nicht vorbereitet sind.“ Im Punkt 5 wurde auf völlig neue, zusätzliche Aufgaben wie den Aufbau der Luftfahrtindustrie und strategische Maßnahmen auf dem Gebiet des Verkehrs verwiesen, die im Plan für das Jahr 1953 nicht enthalten waren. Als Konsequenz aus der Feststellung, „das die ökonomische Lage in entscheidenden Knotenpunkten äußerst ernst und angespannt ist“, wurde der Führung der Sowjetunion vorgeschlagen, zu prüfen, ob eine sofortige Hilfe möglich ist. Angeregt wurde u.a. der verstärkte Import dringend benötigter Engpaßmaterialien und die Verrin-

gerung der Reparations- und Exportverpflichtungen der DDR.

Die Antwort bestand in einigen Erleichterungen. Die Sowjetische Kontrollkommission teilte im April 1953 mit, das der Bau von zehn Küstenverteidigungsschiffen gestrichen worden war, um die gleiche Anzahl von Trawlern für den Fischfang bauen zu können.

Im Wesen wurde jedoch eine umfassende Unterstützung abgelehnt, die DDR sollte sich selbst, gewissermaßen am eigenen Schopf, aus den Schwierigkeiten herausziehen.

Im Juni 1953 wurde die Führung der DDR nach Moskau eingeladen. Dort wurde aber nicht wie erwartet, über die entstandene schwierige Lage mit der sowjetischen Führung beraten, sondern ihr wurde ein Beschluß des Präsidiums des ZK der KPdSU überreicht. Das Dokument „Über Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“ (27. Mai 1953) wurde der DDR-Delegation mit der Aufforderung zur Stellungnahme übergeben.

Der Einstieg dieses Beschlusses, wonach „infolge der Durchführung einer fehlerhaften politischen Linie in der DDR eine äußerst unbefriedigende politische und wirtschaftliche Lage entstanden ist“, ohne ein Wort darüber zu verlieren, daß es sich hier um eine gemeinsame Linie handelte, widerspiegelte ein Verfahren, das bislang ohne Beispiel in den Beziehungen zwischen verbündeten Parteien und Staaten war. Es war deshalb gewiß kein Zufall, daß Wilhelm Pieck in seinen Notizen alle drei Parteitage der SED - 1946, 1947 und 1950 - und die beiden Parteikonferenzen - 1949 und 1952 - auflistete, deren Vorbereitungen und wichtigsten Ergebnisse immer mit der sowjetischen Führung abgestimmt worden war. Schließlich fand diese Position der Repräsentanten der DDR auch in der Haltung des Apparats des Hohen Kommissars der SU ihre Widerspiegelung. Deshalb wurde in der „Täglichen Rundschau“ am 12. Juni 1953 festgestellt: „Die ehemalige Sowjetische Kontrollkommission ist im gewissen Grade ebenfalls für die begangenen Fehler verantwortlich.“

Das Wesen des sowjetischen Beschlusses bestand in der Auffassung, daß die Proklamierung des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus falsch war. Im Gefolge dessen wurde die Realisierung der Forderungen und Vorschläge der SKK scharf kritisiert - allerdings mit einer einzigen Ausnahme, die administrative Erhöhung der Normen fand keine Erwähnung. Diese Haltung ist nur aus der Situation heraus zu verstehen, die in

der Führung der Partei und des Staates in der SU nach dem Tode Stalins entstanden war.

Dieses Dokument, die Art und Weise des Umgangs mit den Vertretern der DDR, aber auch die Art und Weise der Durchpeitschung dieser Linie in der DDR war einmalig in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Parteien und Staaten. Es wurden keinerlei Anregungen von Seiten der DDR-Vertreter akzeptiert. So hatte Otto Grotewohl vorgeschlagen, diesen Kurswechsel als verstärkte Bemühungen zur Erhaltung des Friedens und der Herstellung der Einheit Deutschlands darzustellen. Ergebnis - abgelehnt.

Rudolf Hernstadt, damals Chefredakteur der Zeitung „Neues Deutschland“, warnte, daß die vorgesehene Art der Begründung des „Neuen Kurses“ „eine nicht zu verantwortende Schockwirkung in der Partei und in der Öffentlichkeit hervorrufen müsse.“ Mit einemmal, ohne ordentliche Begründung zu revidieren, alles als Fehler darzustellen, wofür Tausende nach besten Wissen und Gewissen gestritten hatten, müsse die Partei desorientieren, die Mitglieder verbittern und dem Feind die Flanke öffnen - so die Argumentation Hernstadts.

Ohne die Hinweise und Vorschläge zu beachten mußte das erarbeitete Kommuniqué am 11. Juni 1953 veröffentlicht werden. (Siehe Dokument 2)

Dafür gibt es nur eine Erklärung: 1953 gab es in der sowjetischen Führung Kräfte, welche die SED-Führung und die Regierung der DDR in der Öffentlichkeit kompromittieren und zum Sündenbock abstempeln wollten.

Obwohl die Regierung der DDR sofort neue Tatsachen schuf, bereits am 11. Juni wurden durch eine Reihe von Verordnungen die beschlossenen Einschränkungen aufgehoben, und Otto Grotewohl die Verantwortung für die fehlerhafte Politik übernahm, brach sich der Volkszorn Bahn.

Wie sind diese Vorgänge zu bewerten?

Welche Wertung kommt der Wahrheit am nächsten?

Die jahrzehntelange politische Instrumentalisierung der Ereignisse um den 17. Juni, von Seiten der BRD als „Volksaufstand“ oder „Arbeiteraufstand“ charakterisiert und zum sogenannten „Tag der Einheit“ hoch-

stilisiert, ist im Wesen falsch, nicht zu gebrauchen. Andererseits muß die Darstellung in der DDR als „faschistischer Putsch - später als konterrevolutionärer Putsch“ genauer hinterfragt werden. Was die Rolle faschistischer Elemente anbelangt, war nicht zu übersehen, daß nur acht Jahre nach der Zerschlagung des Naziregimes bei nicht wenigen Bürgern der DDR noch vielfältiger ideologischer und politischer Unrat in den Köpfen und in der politischen Haltung umherspukten. In nicht wenigen Fällen stellten sie sich an die Spitze der Streikenden und Demonstranten.

Nur ein Beispiel aus Köpenick, aus dem KWO, soll das Problem verdeutlichen. Aus einer Analyse ergab sich, das von 92 Meistern 24 der ehemaligen Nazipartei, 4 der ehemaligen SA und einer der SS - also fast ein Drittel angehört hatten. Ähnlich war die Situation bei den 72 leitenden technischen und kaufmännischen Angestellten - hier waren 12 ehemalige Mitglieder der NSDAP, 2 ehemalige SA-Leute und ein ehemaliges Mitglied des Stahlhelms tätig. Hinzu kam, daß von der technischen Leitung 50 Prozent und bei den kaufmännischen Leitern sogar 80 Prozent bereits in der Nazizeit im Rahmen der Rüstung und der Ausplünderung der Zwangsarbeiter im KWO gearbeitet hatten.

Zum Thema Einflußnahme von außen soll etwas später gesagt werden. Da wir hier über die Personalanalyse im KWO sprechen, soll hier bereits auf das Problem aufmerksam gemacht werden, das zu dieser Zeit, Anfang der fünfziger Jahre, im KWO noch 350 Westberliner Arbeiter und Angestellte beschäftigt waren, die in der Mehrheit Träger und Übermittler der „Frontstadt-Ideologie“ waren.

Ja, heute ist es unbestritten, daß bis zu 400.000 Arbeiter und andere Bürger der DDR in etwa 270 Städten und Orten die Arbeit niederlegten und auf der Straße ihren Protest zum Ausdruck brachten. Damit ist ebenso unstrittig, daß es sich um einen Anteil von etwa 5 bis 6 Prozent der arbeitenden Bevölkerung handelte - ergo haben sich über 90% nicht an den Aktionen beteiligt, fehlte es an der Massenbasis.

Erst recht gilt das für die Gewaltanwendung gegen Menschen und Sachwerte, die es gegeben hat, von denen sich aber die Mehrheit der Protestierenden distanzierten. Nicht zuletzt war ein Ausdruck dafür, daß schon ein/zwei Tage nach den Vorgängen am 17. Juni die überwiegende Mehrheit an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten.

Dennoch bleiben Tatsachen eben Tatsachen. So die circa 50 Toten und etwa 600 Verletzten sowie die Verhaftungen von mehreren tausend

Personen. Jedes dieser Opfer ist eines zuviel. Jedoch ist es ahistorisch und politisch eindeutig zweckbestimmt, nur Mitgefühl für die „Aufständischen“ aufzubringen.

Ja, es gab Standgerichtsurteile, Erschießungen. Der selbständige Fotograf aus Niesky, Lothar Markwirth, Mitglied der SA seit 1933, wurde zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Hermann Girich wurde zu 15 Jahren Zuchthaus, Siegfried Richter zu 8 Jahren und Bruno Neumann zu einem Jahr Gefängnis verurteilt - sie waren alle aus Jena. Jeder von ihnen war nachweislich an Überfällen auf Personen und die Zerstörung von Sachwerten beteiligt.

Wenn von Opfern die Rede ist, dann dürfen auch jene Bürger der DDR - Partei-, Gewerkschafts- und Staatsfunktionäre, Polizisten, ja, auch Sowjetsoldaten, die ihr Leben und ihre Gesundheit verloren, nicht vergessen werden. Wer aber spricht heute noch über die erschlagenen und erschossenen Gewerkschaftskollegen Wilhelm Hagedorn aus Rathenow, über das Mitglied der FDJ Gerhard Schmidt aus Halle, die Volkspolizisten Georg Gaidzik und Gerhard Händler, den Arbeiter Hans Waldbach aus Magdeburg?

Sie traten den Provokateuren entgegen, suchten die neue antifaschistische Ordnung gegen den Versuch, die alten kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse wiederherzustellen, zu verteidigen. Sie handelten getreu der Verfassung der DDR und legitim. Deshalb wurden sie ermordet.

Und wer glaubt, das sich alle diese Ereignisse „völlig spontan entwickelten“, der möge mit diesem Glauben selig werden, die Wahrheit ist es jedoch nicht.

Hier seien nur einige wenige Tatsachen benannt. Nicht wenige Fakten, Namenslisten mit Wohnadresse lassen erkennen, daß es fremdgesteuerte Provokateure und Abenteurer gab, die zündelten. (Siehe Dokument 3, hier abgedruckt)

Weiter - in einer Erklärung von Jakob Kaiser, Minister für Innerdeutsche Fragen, vom 24. März 1952 hieß es u.a.: „Es liegt durchaus im Bereich des Möglichen, daß der 'Tag X' rascher kommt, als Skeptiker zu hoffen wagen. Es ist unsere Aufgabe, für die Probleme bestmöglich vorbereitet zu sein. Der Generalstabsplan ist so gut wie fertig.“

Jahre später sprachen Beteiligte offen über die Rolle der Geheimdienste und Untergrundorganisationen in den Tagen des 17. Juni. Hiernach

war „der 16. Juni ja noch eine mehr oder weniger spontane Angelegenheit, wenn man mal von dem auslösenden Moment in der Stalinallee absieht. Und als die Sache dann lief, sind natürlich die Westberliner Untergrundorganisationen eingestiegen.“ Davon gab es nach dieser Aussage etwa vierzig Gruppen, kleine Splittergrüppchen, von denen es mehrere Hundert gab, nicht eingerechnet, und alle wurden aus US-Quellen finanziert.

Wer will noch heute der „New York Times“ (23. Juni 1953) widersprechen, die feststellte: „Viele westliche Beobachter hier in Berlin sind der Ansicht, daß die Propagandastation der Vereinigten Staaten in Berlin, der RIAS, eine wesentliche Rolle bei den Ereignissen in der vergangenen Woche gespielt hat. Es wäre nicht zu diesen Unruhen gekommen, hätte es nicht die Sendungen des RIAS gegeben“.

Und die „New York Herald Tribune“ setzte im Oktober 1953 noch einen drauf, indem sie übermittelte: „Der RIAS verfügt wahrscheinlich als einziger unter den größeren Rundfunksendern der Erde über einen eigenen Spionagedienst. Er hat die Aufgabe, Funken in ein Pulverfaß zu werfen“.

Genau das hat der RIAS getan.

Bestätigt durch dessen damaligen Chef Egon Bahr, nach dessen Worten der RIAS zum Medium wurde, „das, ohne den zeitraubenden Vorgang des Denkens und ohne von Grenzen aufgehalten zu werden, Menschen verbindet, die an Lautsprechern hängen, und sie innerhalb weniger Stunden zu gleichem Verhalten veranlaßt.“

War es in Köpenick völlig anders?

Da sich die Köpenicker sozialdemokratischen Genossen und andere Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung sowie das Heimatmuseum mit diesen Ereignissen mit dem speziellen Blick auf Köpenick befassen, bleibt die Frage, ob man aus dieser lokalen Sicht zu anderen Ergebnissen kommt.

Nach meiner Auffassung war es auch hier ein Protest, eine Protestbewegung gegen Fehleinschätzungen und Fehler der Führung der SED und des Staates, die nicht zuletzt der zugespitzten Situation des Kalten Krieges und der in der Sowjetunion nach dem Tode Stalins entstandenen Situation geschuldet war.

Diese meine Auffassung ergibt sich aus folgenden Tatsachen:

Köpenick, 1953 einer der größten Industrie- und Arbeiterbezirke Berlins, verfügte über 42 Volkseigene Betriebe und 4 größere Treuhandbetriebe. Davon hatte sich der größte Teil, 41 Betriebe, wenn auch in unterschiedlichem Umfang, an Streiks und Demonstrationen beteiligt. Nur 5 Betriebe haben im vollem Umfang weiter gearbeitet. Ausgangspunkt der Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen in Köpenick am 17. Juni waren vier Betriebe, das Kabelwerk Oberspree, die Yachtwerft, das Kabelwerk Köpenick und das Funkwerk II.

Im Mittelpunkt der Losungen stand die Zurücknahme der Normenerhöhungen und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Nur im Einzelfall, so im Funkwerk Köpenick, tauchten Forderungen nach dem Sturz der Regierung sowie nach der Ablösung der Betriebsleitung auf. Hervorhebenswert ist auch die Tatsache, daß es in keinem der Köpenicker Betriebe zu Zerstörungen von Anlagen und Maschinen kam. In nicht wenigen Fällen übernahmen Gruppen von Arbeitern - so im TRO - den Schutz ihrer Betriebe. Im Reifenwerk Schmöckwitz, früher Reifenmüller, wurde zwar gestreikt, aber die Arbeiter blieben im Betrieb und hüteten ihre Maschinen und Anlagen.

Ausgehend von dieser Situation ist auch hervorzuheben, daß bereits am 18. Juni ein großer Teil der Kollegen wieder gearbeitet hat. Bereits am 19. Juni wurde die Arbeit im vollem Umfang wieder aufgenommen und so die Produktion der wichtigen Köpenicker Industriegüter gesichert.

Ein besonderes Kapitel in den Auseinandersetzungen wurde das Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht.

Die Ausrufung des Ausnahmezustandes am 17. Juni durch die sowjetische Besatzungsmacht fand viele Kritiker (Siehe Dokument 4). Es gab Fragen nach dem zahlreichen Einsatz sowjetischer Einheiten, ihrer Panzer und Geschütze. Auch provokatorische Thesen, wonach erst durch das Auftauchen der sowjetischen Einheiten die Situation in Berlin und anderenorts eskaliert sei, wurden laut. Erst waren es nur wenige Arbeiter, die erkannten, daß dieser Einsatz des sowjetischen Militärs an der sensiblen Grenze zu Westberlin, aber auch zur BRD militärische Auseinandersetzungen verhinderte und damit half, den Frieden in Europa zu bewahren.

Das es sich hier nicht um eine nachträgliche Konstruktion handelt, beweisen die Tatsachen von 1953. Die Anwesenheit hoher Militärs und Geheimdienstleute in Westberlin, so von Eleanor Dulles, Sonderberaterin für Berlin-Fragen im US-State Department, General M. B. Ridgway, Chef des Stabes der US-Armee, Otto Lenz, Staatssekretär im Bundes-

kanzleramt, unterstreichen, welche Bedeutung die Aktionen am Tage X für sie hatten.

Ihre Reaktionen, das Zurückpfeifen des RIAS, mit der Feststellung des Kontrolloffiziers: Wollt ihr einen Weltkrieg provozieren?

macht deutlich, das sie nicht damit gerechnet hatten, daß sich die sowjetischen Militärs auf die Seite der DDR-Regierung stellen würden.

Abschließend sei darauf verwiesen, das die sogenannten „Aufständischen“ oder „Revolutionsteilnehmer“ zu Tausenden an den in den Junitagen folgenden Diskussionen mit den Mitgliedern ihrer Regierung und der Führung der SED teilnahmen. So auch in Köpenick. Als Ministerpräsident Otto Grotewohl am 23. Juni 1953 im Transformatorenwerk „Karl Liebknecht“ zu den Juni-Ereignissen, ihren Ursachen und den weiteren Perspektiven sprach, hörten ihm 1500 Betriebsangehörige zu. (Siehe Dokument 5)

Sie rückten von provokatorischen Forderungen eindeutig ab und begrüßten die Schritte zur Verbesserung der Lebenshaltung. Gleichermaßen unterstützten sie den verstärkten Kampf um die Einheit Deutschlands als Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens in Deutschland, in Europa und der Welt.

Diese Unterscheidung zwischen recherchierten Tatsachen und noch immer kolportierten Legenden könnte ein Beitrag zur wirklichen Geschichte des 17. Juni sein und so helfen, ungerechtfertigte Entschuldigungen, aber auch bewußte Verfälschungen zurückzuweisen.

Dokument 1

Vier Belege:

1. Zur Neuregelung der Lebensmittelkartenversorgung u.a.m., Neues Deutschland, 11. April 1953
2. Differenzierung der Preise für Fleisch, Fleischwaren und zuckerhaltige Waren. Neues Deutschland, 19. April 1953
3. Über die Erhöhung der Arbeitsproduktivität..., Neues Deutschland. 16. Mai 1953
4. Beschluß des Präsidiums des ZK der KPdSU, 27. Mai 1953

Dokument 2

Zwei Belegdokumente:

1. Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 9. Juni 1953
2. Kommuniqué über die Sitzung des Ministerrats der DDR vom 11. Juni 1953, „Neues Deutschland“, 12. Juni 1953

Dokument 3 (im folgenden abgedruckt)

Zwei Belegdokumente:

1. Aussagen zu einer Person Werner Kalkowski, Geboren 1916 in Güstrow (Mecklenburg), Beruf: Artist - arbeitslos - Parteilos - verheiratet, Wohnhaft: Berlin SO 36, Naunynstraße 34
2. 1953 - Geständnis des Provokateurs

Dokument 4

Befehl des Militärkommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin:

Erklärung des Ausnahmezustandes im sowjetischen Sektor von Berlin, 17. Juni 1953

Dokument 5

Otto Grotewohl im Transformatorenwerk „Karl Liebknecht“, „Neues Deutschland“, 24. Juni 1953

Mitteilung unserer Untersuchungsorgane über die Vernehmung des Westberliner Provokateurs Kalkowski

Im Zusammenhang mit den Ausschreitungen, die im demokratischen Sektor von Berlin von Agentenzentralen in Westberlin organisiert wurden, haben die Sicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik zahlreiche bezahlte Provokateure verhaftet. Die Untersuchungsorgane veröffentlichten im folgenden das Vernehmungsprotokoll des Einsitzenden, Werner Kalkowski, der am 17. Juni festgenommen wurde. Daß Protokoll wurde, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, dem Vernommenen zur Prüfung vorgelegt und von ihm bestätigt.

Werner Kalkowski ist 1916 in Güstrow (Mecklenburg) geboren, deutscher Staatsangehörigkeit, parteilos, verheiratet, von Beruf Artist und arbeitslos. Er wohnt in Berlin SO 36, Naunynstraße 34.

Frage: In welchem Sektor von Berlin wohnen Sie?

Antwort: Ich wohne im amerikanischen Sektor von Berlin.

Frage: Wie ist es gekommen, daß Sie beim Versuch, im Gebiet des demokratischen Sektors von Berlin Unruhen zu organisieren, mit anderen verhaftet wurden?

Antwort: Am 17. Juni früh wurde ich mit einer Gruppe von neunzig Mann aus Westberlin in den demokratischen Sektor geschickt. Wir sollten dort Unruhen organisieren und die streikenden Arbeiter in die Unruhen hineinziehen.

Frage: Wer hat Ihnen diesen Auftrag erteilt?

Antwort: Am 16. Juni um 6 Uhr abends kam in meine Wohnung Paul Günting, den ich aus Güstrow kenne und der auch in Westberlin wohnt. Er machte mir den Vorschlag, gegen eine gute Entschädigung bei der Organisation von Unruhen im demokratischen Sektor von Berlin mitzumachen. Günting sagte mir dabei, daß die Organisation von solchen Unruhen dadurch leichter ist, daß im demokratischen Sektor von Berlin ein gewisser Teil der Arbeiter zu streiken beginnt. Diesen Streik müsse man zu einem Aufstand machen. Als ich mir das angehört hatte, erklärte ich mich bereit, an diesem Verbrechen teilzunehmen, weil ich Geld verdienen wollte. Nähere Instruktionen darüber, wie diese Sache verwirklicht werden soll, habe ich am anderen Tage früh bekommen.

Frage: Reden Sie darüber ausführlicher.

Antwort: Als Günting von mir wegging sagte er, daß ich am 17. Juni um 8 Uhr früh am Breitenbachplatz sein soll. Das habe ich getan. Ich war zur festgesetzten Zeit an der Verabredungsstelle, wo außer mir wenigstens noch neunzig Mann waren, die meisten auch Arbeitslose. Unter ihnen waren Josef Schneider, Georg Gehrke, Reinhold Marold, Rudolf Jenschinski, Walter Halleck und Günter Niemetz. Die Anführer waren Paul Günting und Hans Jür-

gen, sowie der Amerikaner Hiwer, der in Uniform war. Er hatte Achselstücke mit zwei Sternen.

Günting erklärte den Versammelten, daß wir die Aufgabe haben, in den demokratischen Sektor von Berlin zu gehen, dort zu den streikenden Arbeitern zu stoßen und aus dem friedlichen Streik einen Massenaufbruch zu machen, mit der Forderung auf Sturz der Regierung der DDR.

Günting teilte uns weiter mit, daß wir selber an den Unruhen energisch teilzunehmen haben. Wir erhielten den Auftrag, die Regierungsgebäude einzuschlagen, Brände zu legen, Läden zu plündern, Volkspolizisten umzuliegen und überhaupt, auch mit der Waffe, gegen die Organe vorzugehen.

Nach ihm sprach der Amerikaner Hiwer. Er forderte uns auf, unsere Aufgabe, Unruhen zu organisieren, so gut wie nur möglich durchzuführen und versprach uns, daß dafür jeder von uns für drei Monate zur Erholung geschickt werde. Wer von uns keine Arbeit hat, der wird nachher in die Westberliner Polizei übernommen und hochbezahlt.

Außerdem wurden jedem von uns 50 Westmark versprochen, die wir gleich nach der Rückkehr aus dem demokratischen Sektor bekommen sollen.

Frage: Was haben Sie und Ihre Komplizen hinsichtlich der Arbeiter des demokratischen Sektors getan, um die Provokation durchzuführen?

Antwort: Nachdem wir die Anweisung zur Organisation von Unruhen bekommen hatten, zogen wir in geschlossener Gruppe über die Potsdamer Brücke auf den Potsdamer Platz. Dort verschmolzen wir mit den Streikenden, und von diesem Augenblick

an haben wir angefangen, die Aufgabe durchzuführen, das heißt, wir haben die Menge durch Losungen, die wir gerufen haben, gegen die Regierung der DDR und die anderen Machtorgane aufgehetzt.

In unserer Gruppe hatten ungefähr 20 Mann Flaschen mit Benzin, die sie zur Brandlegung an Gebäuden auf der Potsdamer Brücke von einem amerikanischen Lastwagen erhalten hatten. Eine solche Flasche hat vor meinen Augen zum Beispiel Günter Niemetz bekommen.

Auf dem Potsdamer Platz haben diejenigen von uns, die Benzinflaschen hatten, angefangen, einzelne Gebäude in Brand zu setzen. Ich selbst habe gesehen, wie dort das HO-Kaufhaus angezündet wurde; in dieses Gebäude hat Günter Niemetz seine Flasche geworfen. Außerdem haben viele aus unserer Gruppe Steine auf die Volkspolizei geworfen und Scheiben mit Steinen eingeschlagen. So zogen wir zusammen mit der Menge zu den Regierungsgebäuden in der Leipziger Straße, wo die Ausschreitungen fortgesetzt wurden, aber jetzt auch mit Schießen auf die Volkspolizisten und die Besatzungen der Panzer der Sowjetarmee.

Frage: Haben Sie selbst geschossen?

Antwort: Ich habe nicht geschossen, weil ich keine Waffe hatte. Aber ich habe genau gesehen, wie Hans Jürgen mit einem Revolver auf russische Panzersoldaten schoß; ob er einen erschossen hat, weiß ich nicht. Meine Rolle in der Leipziger Straße bestand darin, die Menge aufzuhetzen, gegen die Regierung vorzugehen, durch Rufe wie „Nieder mit der Regierung!“ und anderen Schmählosungen. Beim Aufhetzen der Menge haben uns die

Amerikaner sehr unterstützt, da auf ihre Anweisung an der Sektorengrenze zwei große Lautsprecher aufgestellt waren, die unaufhörlich deutsch und russisch Hetzreden hielten. Russisch trat Anton Löffler auf. Er forderte die Polizei und die russischen Truppe auf, gegen die Aufführer nichts zu unternehmen, sondern selbst nach Westberlin überzugehen.

1973/1991 Fernsehsendung in N3 und B1 ergibt das Bild eines „Unschuldlammes“

.....das alles hat sich ereignet am Ende eines Streiks, der eigentlich nichts anderes wollte als...

Werner Kalkowski:

die Erhöhung der Löhne. Weiter nichts. Es sollte gar kein Aufstand werden. Das war es. Unter Aufstand steht, denk ich mir was anderes. Aber ein Aufstand war es nicht. Wir wollten, hier wollte der Arbeiter zeigen, daß die ganze Menschheit in Berlin, Mitbewohner mit ihr da sind...

Journalist:

Ja. Solidarität mit den Arbeitern in Ostberlin.

Werner Kalkowski:

Jawohl. Und die wollten auch sagen: Wir sind da. Wir marschieren für euch mit.

Journalist:

Das Neue Deutschland hatte allerdings berichtet, Werner Kalkowski, der ins Straflager nach Workuta mußte, habe an den Ausschreitungen des 17. Juni als Westberliner Provokateur teilgenommen.

Werner Kalkowski:

Das ist eine ganz große... . Also eine wirkliche Lüge.“

Interview mit dem Gewerkschaftsfunktionär Rudi Focke, der die Junitage 1953 hautnah miterlebte.

Lieber Rudi, Du hast die 80 überschritten und viele Höhen und Tiefen in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung als Funktionär des FDGB miterlebt. „Die Rote Fahne“ möchte Dich unseren Lesern vorstellen und nach Deinen Erfahrungen über diese Ereignisse befragen.

In welcher Funktion warst Du in dieser Zeit? Wo hast Du den 17. Juni 1953 erlebt?

Mehr als 40 Jahre war ich ehren- und hauptamtlicher Funktionär der Gewerkschaften der DDR, war Betriebsobmann und Vorsitzender der Gewerkschaft Holz in Hettstedt. 1950 kam ich als politischer Mitarbeiter zum Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Bau/Holz in Berlin. Sicherlich bin ich heute einer der wenigen noch lebenden Zeitzeugen aus dem ZV, der den 17. Juni 1953 in Berlin miterlebte.

Welche Erinnerungen hast Du an die Tage des 17. Juni 1953? Wie bewertest Du die Demonstrationen?

Ich möchte vorausschicken, daß es eine wenig bekannte Vorgeschichte gibt, die den Charakter des angeblichen Arbeiteraufstandes aufdeckt. Am 13. Juni 1953 fand eine vom VEB Industriebau Berlin organisierte Dampferfahrt statt. Auf dieser Fahrt, also 4 Tage nach der Rücknahme der Normerhöhungen, das war am 9. Juni 1953, wurde durch aktive Unterstützung des Ostbüros der SPD das sogenannte Streikkomitee gegründet. Bereits vor dem 16. und 17. Juni wurde die Propaganda-Maschine des Westens ins Rollen gebracht. In der Nacht vom 16. zum 17. Juni wurde unter anderem in Westberlin eine Zeitung gedruckt, „Die kleine Tribüne“, mit der zu konterrevolutionären Handlungen in der DDR angestachelt werden sollte.

Die Veröffentlichungen fanden bei einigen Bauleitern und Brigadiern Anklang, besonders bei denen, die Mitglieder von ehemaligen Naziorganisationen gewesen waren.

Am 16. Juni war ich mit anderen Kollegen des Zentralvorstandes auf der Baustelle VP-Inspektion Friedrichshain. Wir führten dort eine offene und klassenmäßige Diskussion. Wir konnten die Kollegen der Baustelle davon überzeugen, daß es gut für jeden ist, zu arbeiten und nicht auf Lügen und Provokationen hereinzufallen. Nach der kurzen Baustellenversammlung gesellte sich ein uns allen unbekannter, gut angezogener Mann zu uns. Er stellte sich auf einen Mörtelkasten und sagte: „Die Volkspolizei hat die Baustelle Bettenhaus im Krankenhaus Friedrichshain abgeriegelt und nimmt Verhaf-

tungen vor.“ Diese Lüge führte zum Ruf: „Auf nach Friedrichshain!“ Die Lüge des Provokateurs war jedoch schnell geplatzt.

Wir wissen, daß administrative Erhöhungen der Arbeitsnormen im Frühjahr 1953 zum Anlaß für die „Proteste“ am 17. Juni genommen wurden, um schon damals der DDR den Todesstoß zu versetzen. Wir wissen auch, daß die Berichtigung einer Reihe überzogener Maßnahmen mit den Beschlüssen der SED und der Regierung vom 9. Juni 1953 korrigiert wurden und eine Reihe grundlegender Maßnahmen festgelegt wurden, um die sozialistische Staatsmacht und die Wirtschaft zu stabilisieren um damit die Lebensbedingungen der Werktätigen zu verbessern. Ungenügend durchdachte und falsche Entscheidungen wurden außer Kraft gesetzt.

Ja, das geschah schon mit dem Kommuniqué des Polit-Büros des ZK der SED vom 9. Juni 1953 und der Erklärung zur Normenfrage vom 16. Juni 1953.

Gab es Gründe, am 17. Juni noch auf die Straße zu gehen, nachdem am 9. Juni 1953 ungenügend durchdachte und falsche Entscheidungen außer Kraft gesetzt waren ?

Auf keinen Fall. Und das hatte auch die Mehrheit der Kollegen in den Betrieben richtig erkannt und sich nicht zur Arbeitsniederlegung verleiten lassen. Es gab keinen Grund, gegen die Regierung zu demonstrieren. Auf die Straße sind jene Konterrevolutionäre gegangen, die die junge DDR beseitigen wollten. Man muß die Ereignisse des 17. Juni 1953 auch aus der Sicht der internationalen Entwicklung betrachten.

Das kann man alles im Beschluß des 23. Parteitages unserer Partei, der Kommunistischen Partei Deutschlands, und in Deiner Broschüre „Zum Umgang mit der Geschichte“ nachlesen.

Du sagtest uns, daß Du zu dieser Zeit Funktionär der Industriegewerkschaft Bau/Holz im FDGB warst. Sicherlich kannst Du uns darüber etwas sagen, wer diese demonstrierenden „Bauarbeiter“ waren und auch ihre Hintermänner. Was sind Dir damals für Menschen über den Weg gelaufen, die nachträglich in der BRD mit Bundesverdienstkreuzen für ihre abenteuerlichen „Heldentaten“ ausgezeichnet wurden ?

Der Bundesvorstand der IG Bau/Steine/Erden in der BRD hat am 17. Juni 1993, also zum 40. Jahrestag des 17. Juni, eine „Festveranstaltung“ durchgeführt und auch ein Buch herausgegeben. Der Autor des Buches war ein Historiker, Gerhard Beier. Es wurden Zeitzeugen befragt, aber keiner von der IG Bau/Holz der DDR. Von den dort eingeladenen und ausgezeichneten „Akteuren“ ist mir der damalige Bauleiter Otto Pfeng in Erinnerung. Er und neun andere wurden auf dieser Veranstaltung ausgezeichnet. Zu den Pro-

grammgestaltern dieser „Zusammenkunft“ gehörten u.a. Georg Leber, Bundesminister a.D., Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister a.D., Egon Bahr, der 1953 Chef des RIAS war und mit seinem Sender die „Aktionen steuerte“.

Woran erinnerst Du Dich noch ? Was gab es für Provokationen gegen die DDR, die SED und die Gewerkschaften ?

Ich erinnere mich noch genau. Der Marsch der sogenannten Demonstranten zum Haus der Ministerien und zum ZK der SED wurde vom „Ostbüro“ der SPD dirigiert. Immer mehr von den angeblich aufgebrachten Arbeitern, mit ladenneuer Arbeitskleidung, strömten aus den Westsektoren herbei, um antisozialistische Lösungen zu grölen.

Mein Kollege Herbert Taubert und ich begleiteten einen solchen Zug. Am Rosenthaler Platz wollten wir den von dem „Akteur“ Alfred Berlin und seinen Kumpanen gekaperten Lautsprecherwagen fahrtüchtig machen. Beim Herausschrauben eines Reifventils wurde ich gefaßt und niedergeschlagen. Insofern hatte ich eine weitere Bekanntschaft mit einem Rädelsführer, der zu dem Kreis der nachträglich „Ausgezeichneten“ zählt.

Bei allen Problemen und Mängeln, die kritisch angesprochen wurden, habe ich auf vielen Baustellen, z.B. in Magdeburg, nach dem 17. Juni erlebt, daß bei der überwiegenden Mehrheit der Werktätigen Vertrauen in die Politik der Partei und der Regierung bestand. Oft wird behauptet, so auch von Wolfgang Eckelmann in der Broschüre „FDGB intern“, das gesamte Sekretariat des ZV der Industriegewerkschaft Bau/Holz sei deshalb abgelöst worden, weil es ein „Forderungsprogramm“ gegen die Regierung ausgearbeitet hat. Das ist nicht richtig. Tatsache ist, daß einige beabsichtigten, auf einer außerordentlichen zentralen Delegierten-Konferenz der Regierung der DDR ein solches Programm vorzulegen. Bei Ablehnung wollte man geschlossen zurücktreten. Diese Erpressung scheiterte und wurde vereitelt.

In jenem Buch, das zum 40. Jahrestag des 17. Juni herausgebracht wurde, wird ein ehemaliger Professor der Hochschule der Gewerkschaften „Fritz Heckert“ kritisiert, weil er 1982 in der „Geschichte des FDGB“ den 17. Juni als faschistischen Putsch bezeichnet. Nach 22 Jahren unterschreibt der gleiche Professor, Dr. Heinz Deutschland, eine Erklärung des „Berliner Geschichtsforums“ zum 50. Jahrestag des 17. Juni, in der alles andere als eine klare Einschätzung des 17. Juni gegeben wird.

Ich möchte es an dieser Stelle klar zum Ausdruck bringen: Für mich war der 17. Juni und seine Vorgeschichte ein erster Versuch einer Konterrevolution in der DDR.

Kritiker der DDR behaupten, daß es in unserer Gesellschaft Demokratie-defizite gab. Was würdest Du denen dazu sagen wollen ? Wie war es mit der sozialistischen Demokratie in der DDR - besonders aus der Sicht eines Gewerkschafters - bestellt ?

Es wäre ein gesondertes Thema, um auf die Frage zu antworten. Heute nur soviel: Die Gewerkschaften waren fester Bestandteil des gesellschaftlichen Systems in der DDR, Mitbestimmungsrechte waren verfassungsmäßig garantiert. Betriebskollektivverträge sicherten die Rechte der Werktätigen. Frauen- und Jugendförderung waren Bestandteil unserer sozialistischen Demokratie. Die Losung „Plane mit, arbeite mit, regiere mit“ war tägliche Praxis unserer gewerkschaftlichen Arbeit in unseren volkseigenen Betrieben der Industrie und Landwirtschaft.

Von der SPD und seinem Bildungssenator Böger sollen anlässlich des 50. Jahrestages „Wettbewerbe um Darstellungen des 17. Juni 53 für die Jugend ausgelobt“ werden. Der Senator für Bildung will „Akteure“ mit Jugendlichen zusammenführen, um ihnen „Wahrheiten und Hintergründe“ zu vermitteln. Was würdest Du den jungen Menschen sagen, wenn man Dich als Zeitzeugen und nicht als „Akteur“ zu derartigen Gesprächen einladen würde?

Den Jugendlichen würde ich sagen: Laßt Euch nicht die Köpfe vernebeln! Mit falschen Geschichtsbildern wurden schon einmal junge Menschen irreführt und für den Weltkrieg der Faschisten reif gemacht. Redet mit erfahrenen, in der Arbeiterklasse erzogenen Zeitzeugen und nicht mit sogenannten Akteuren gegen den ersten Staat der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden. Laßt Euch berichten von den Rechten der Arbeiter in der DDR, wo die Gewerkschaften mit einer eigenen Fraktion im Parlament, der Volkskammer, vertreten waren, um den sozialen und politischen Forderungen der Werktätigen zum Recht zu verhelfen und sie gesetzlich zu verankern.

Gäbe es nur soviel Demokratie, soviel Volksherrschaft gegen Rürup, Hartz und Schröder in dieser BRD!

Das sage ich der jungen Generation als alter und erfahrener Funktionär der Arbeiterklasse und der Gewerkschaft. Sollte mich der Senator, Herr Böger, einladen, würde ich als Zeitzeuge noch mehr über meine Erkenntnisse und Erfahrungen sagen, als es in einem Interview überhaupt möglich ist. In seiner Arbeit „Lohn, Preis, Profit“, schreibt Karl Marx als Anleitung für heutiges Handeln: „Die Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstandes gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck jedoch gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen das kapitalistische System zu führen, statt es zu verändern“.

Lieber Rudi, im Namen der Leser unserer Zeitung „Die Rote Fahne“ möchte ich mich bei Dir herzlich bedanken, wir wünschen Dir weiterhin Gesundheit und Kraft in unserem gemeinsamen Kampf.

Das Interview führte Kurt Andrä

Ich war am 17. Juni 1953 dabei

Dr. Harald Bühl

Eine Bewertung der Ereignisse um den 17. Juni kann nicht auf zwei Tage beschränkt werden, wie das häufig geschieht. Hintergründe, Umstände und historische Bezogenheit lassen eine Bewertung der Ursachen erst zu.

Der furchtbarste Krieg aller Zeiten war erst wenige Jahre vorüber. Zehntausende Berliner verloren ihr Leben - als Soldaten, im Bombenhagel, durch Hunger und Elend. Die Hälfte der Wohnungen in Berlin, die Wirtschaft und alle Lebensbereiche waren total zerstört oder schwer beschädigt. Die Stadt hatte zwei Millionen weniger Bewohner als vor dem Krieg. Das war das Ergebnis des totalen Krieges, den Goebbels im Berliner Sportpalast propagierte und wofür er tausendfache grölende Zustimmung von den dort versammelten Nazis erhielt.

Anfang der 50er Jahre waren die Zeichen des Aufbruchs für ein friedliches Deutschland in West und Ost deutlich und fanden die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung.

Es war das Ergebnis des Einflusses der Siegermächte, daß im Osten eine antifaschistisch-demokratische Ordnung, im Westen aber eine konservativ kapitalistische Gesellschaft entstand. Der eine Teil Deutschlands erhielt die Segnungen des Marshallplanes und der Osten mußte 98% der Reparationen an die Sowjetunion, und zwar für ganz Deutschland, bezahlen.

Zur Arbeiterschaft in Berlin gehörten damals zahlenmäßig - soviel wie in keiner anderen Stadt - 10 000 ehemalige Nazis, die in den Ministerien, Behörden, Schulen und Organisationen Nazi-Deutschlands und der Wehrmacht tätig gewesen waren. Diese Männer waren vor allem in Baubetrieben am Wiederaufbau beteiligt.

Anfang der 50er Jahre begann der Kalte Krieg und der Tag X wurde von Adenauer und Dullas & Co. geplant. Die Hetze gegen die DDR nahm vor allem im Jahr 1953 von Tag zu Tag zu. Die Lebenslage der Menschen war schlecht. Es gab noch Lebensmittelkarten und andere Rationierungen.

Wir wußten von Kollegen der Bauarbeitergewerkschaft, auf der Großbaustelle Stalinallee gab es in diesen Tagen erregte Debatten, insbesondere zu den administrierten Normerhöhungen um 10%, die zu Lohnverlusten führten. Nach langen Erwägungen auf drei Baustellen war beabsichtigt, eine Delegation zum Ministerpräsidenten Otto Grotewohl zu entsenden. Das erübrigte sich aber, da auf Vorschlag des FDGB diese Maßnahme am 16. Juni 1953 zurückgenommen wurde.

Zu Arbeitsbeginn des 16. Juni versammelten sich alle politischen Mitarbeiter des Bundesvorstandes des FDGB, wir waren etwa dreißig Kollegen im Haus. Der Vorsitzende Herbert Warnke informierte über die Maßnahmen der

Regierung zur Verbesserung der Lebensbedingungen. Er war informiert, daß ein Zug von Bauarbeitern der Stalinallee zum Haus der Ministerien marschierte. Wer die Streikführer waren, das war ihm nicht bekannt. Herbert Warnke wollte sofort zu den Bauarbeitern sprechen, um ihre Forderungen anzuhören und darauf zu antworten. Die Kritik wegen der Erhöhung der Arbeitsnormen war ja gegenstandslos geworden.

Unsere Gruppe unter Leitung von Paul Pfenning sollte versuchen, den Zug der Bauarbeiter zu gewinnen, sich auf einen Hof oder Platz zu begeben, damit eine Versammlung stattfinden konnte.

Als wir zur Leipziger Straße kamen, trafen wir keine Gruppe von Streikenden, sondern eine gut organisierte Demonstration. Darunter auch neu eingekleidete „Bauleute“ aus Westberlin, wie wir erfahren haben. Der ganze Zug marschierte an uns vorüber. Ernsthaftige Gespräche gelangen nicht. Von Streik wegen Lohnfragen oder Arbeitsbedingungen war kein Wort zu hören. Ein Lautsprecherwagen im Zug verkündete die gleichen Forderungen, die der RIAS schon den ganzen Tag sendete: Sturz von Ulbricht, Rücktritt der Regierung und Neuwahlen wurden gefordert. Wer der Sprecher war, konnten wir nicht erfahren.

Viele der Demonstranten hatten Beile oder anderes Gerät bei sich.

Vor dem Haus der Ministerien waren über Tausend Personen versammelt, zu denen Minister Fritz Selbmann über Normen und den Neuen Kurs sprach.

Der RIAS setzte den ganzen Tag seine konterrevolutionäre Hetze fort. Immer häufiger wurde zum Generalstreik am nächsten Tag aufgerufen.

Am 16. Juni sahen wir schon die ersten Plünderungen, angezündete Kioske und umgestürzte Autos.

Die Volkspolizei hatte offensichtlich den Auftrag, nicht einzuschreiten. Sie hatte sich zurückgezogen, jedenfalls dort, wo wir vorbei kamen.

Am 17. Juni frühmorgens waren viele Arbeiter den RIAS-Aufforderungen gefolgt. In einer Reihe von Betrieben wurde nicht gearbeitet.

Vorm Gewerkschaftshaus Engeldamm war eine größere Ansammlung von Menschen aus Ost und West, darunter viele Rowdys, die grölten und Steine warfen. Ein Zug Volkspolizisten stand am Straßenübergang zu den Westsektoren. Sie wurden beschimpft und mit Steinen beworfen.

Gegen Mittag begann der Ausnahmezustand.

Auf dem Kirchengelände Michaelkirchplatz - uns gegenüber - postierte sich ein sowjetischer Panzer. Die sowjetischen Soldaten waren als Freunde gekommen und benahmen sich auch so. Ihre Anwesenheit genügte, daß es ruhig wurde und sich die Leute in die Straßen hinter der Sektorengrenze verzogen.

Wir sahen noch einige Panzer im Stadtzentrum. Sie waren genauso zurückhaltend wie vor unserem Haus. Am Abend hörten wir, daß ein Provokateur mit seiner Waffe einen sowjetischen Panzerkommandanten beschossen hat. Ein Irrer?

Äußerungen, sowjetische Panzer hätten den „Aufstand blutig niederge-

walzt“, sind üble antikommunistische Hetze.

Wir erfuhren weiter, daß Agenten und Provokateure mehrere Polizisten, Gewerkschaftsfunktionäre, Arbeitervertreter und Jugendfunktionäre brutal zusammengeschlagen und zum Teil brutal zu Tode geschleift hatten. Die Attentäter waren fast alle alte Nazis. Von den Bauarbeitern waren nach unseren damaligen Informationen kein Täter und kein Opfer dabei.

Es erhebt sich die Frage: Welche Opfer werden wohl jährlich geehrt, wenn kein Name genannt wird?

Am 18. Juni gehörte ich zu einer Gruppe von Gewerkschaftern unter Leitung des Vorsitzenden der IG Metall Berlin, Alfred Nave. Wir waren zur Unterstützung der Betriebsgewerkschaftsorganisation im Elektro-Apparate-Werk Treptow eingesetzt.

Am Morgen waren fast alle Mitarbeiter wieder im Betrieb. Im Laufe des Vormittags haben alle Abteilungen die Arbeit aufgenommen.

Es gab überall heftige Diskussionen über den Vortag und die Ereignisse. Lohnfragen, Arbeits- und Lebensbedingungen und die von der Regierung vorgesehenen Maßnahmen waren das Thema. Es ging meist sachlich zu und viele Kollegen distanzieren sich eindeutig von einem Streik. Die Gespräche waren wie Tag und Nacht im Vergleich zu dem Geschrei und den Provokationen bei der Demonstration zum Haus der Ministerien am 16. Juni und erst recht zu dem Gebrüll gegenüber dem Gewerkschaftshaus am Engeldamm am 17. Juni von den dort Versammelten, vermutlich waren die meisten aus Westberlin.

Die Ereignisse auf den Baustellen der Stalinallee an diesen Tagen habe ich selbst nicht miterlebt, aber von Kollegen der Bauarbeitergewerkschaft waren wir ziemlich gut informiert. Am 17. 6. ruhte die Arbeit fast überall und am 18. 6. und 19. 6. nahmen schließlich alle Bauarbeiter ihre Arbeit wieder auf und es gab dann wieder einen normalen Arbeitstag. Die Diskussionen haben sich offensichtlich nicht von denen unterschieden, wie ich sie im EAW Treptow erlebt habe.

Es war übrigens schon damals bekannt, daß sich nicht alle Bauarbeiter an der Demonstration zum Haus der Ministerien am 16. 6. mit den Losungen zum Sturz der Regierung beteiligt hatten.

Der Streik der Bauarbeiter der Stalinallee war der günstigste Ausgangspunkt für einen großangelegten Putschversuch der Konterrevolution. Die alten und die neuen Nazis kamen im ganzen Lande aus ihren Schlupflöchern.

Das wahre Verdienst der Bauarbeiter war nicht der relativ kleine Streikversuch für Forderungen, die schon am 16. Juni realisiert waren. Die Verdienste der Bauarbeiter sind die ansehnlichen Bauleistungen in der Stalinallee und im Wohnungsbau, bei der Charité, dem Schauspielhaus, dem Friedrichstadtpalast, dem Palast der Republik und vielen anderen. Das haben sie für Berlin und Deutschland vollbracht und dafür gebührt ihnen höchste Anerkennung in der ganzen Welt. Die Bauarbeiter haben die furchtbaren Wunden des Krieges beseitigt.

Die Klassenfrage¹ wird zur Frage der Moral umgemünzt; die Moral selbst natürlich ist ein „höherer“, zeitloser und selbstverständlich klassenunabhängiger „Wert“.

Während sich unter kapitalistischen Verhältnissen keiner darüber wundert, daß Regierungsvertreter käuflich sind und Unternehmer schamlos Bilanzen fälschen, von Steuerhinterziehungen ganz zu schweigen, verlangt man von sozialistischen Verhältnissen den Idealzustand. Sonst ist der Sozialismus nicht wert, das man ihn so nennt!

Es wird vergessen, daß stets vom Aufbau des Sozialismus oder vom realexistierenden Sozialismus die Rede war, daß kein vernünftiger Mensch je behauptete, bereits den Kommunismus erreicht zu haben. Man kann vom Sozialismus noch keine kommunistischen Verhältnisse verlangen, der Sozialismus ist bekanntlich eine längere Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Und auch der Kommunismus bleibt nach Marx noch eine Arbeitsgesellschaft und ist nicht das Himmelreich auf Erden, denn auch der Kommunismus wird von Menschen gestaltet.

Die moralisierende Geschichtsauffassung reduziert die gesellschaftliche Entwicklung auf Charakterfragen von Führungspersönlichkeiten und vernachlässigt damit die Erkenntnisse der marxistisch-leninistischen Philosophie.

Die Debatte geht am Problem vorbei und zeigt das Ziel der Anstrengungen. Der Sozialismus soll mit primitivsten Mitteln diffamiert werden und zum bloßen „Wertesystem“ verkommen.

Dem gleichen Ziel dient die „Objektivität“ der Wissenschaft, die geflissentlich vergißt, daß im Sinne des Marxismus-Leninismus die Wissenschaft parteilich zu sein hat - im Dienst der Arbeiterklasse.

Dem gleichen Ziel dient auch die revoluzzerhafte Forderung, sofort kommunistische Verhältnisse einzuführen, z. B. durch Abschaffung der Warenproduktion oder des Geldes.

Dem gleichen Ziel dient auch die Feststellung, der Sozialismus habe die Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen nicht genügend beachtet.

All das „beweist“ doch nur, daß der Sozialismus nicht ideal zu machen ist, da ist es doch besser, alles bleibt beim alten, so die gängige Meinung der Sozialismus-Gegner.

Wer sich auf dem Boden des Marxismus-Leninismus bewegt, weiß, daß die sozialistische Revolution nur das Werk der Arbeiterklasse und der Sozialismus nur die Diktatur des Proletariats sein kann. Das beweist nicht nur die Theorie, sondern auch die Praxis der Oktoberrevolution und der folgenden 70 Jahre.

Die Erfahrung zeigt, daß eine bessere Welt möglich ist. Unser Sozialismus war nicht vollkommen, aber wir sagen: nicht alles, was bei uns nicht richtig gemacht wurde, war ein Fehler. Etwas war dem Zwang der Verhältnisse und

der Zeit geschuldet, anderes wußten wir nicht besser. Es gibt eben auch entwicklungsbedingte Fehler.

Die Fehlleistungen des Sozialismus waren weitaus kleiner als die des Kapitalismus. Der Sozialismus brach nie einen Krieg vom Zaun. Die Raten des Wirtschaftswachstums in den 70er und 80er Jahren waren klein? Das ist aber immer noch besser als Stillstand und weltweite Krise, die man dann mit Kriegen zu beheben glaubt.